39. 1. Kann das erkennende Gericht, wenn in der Hauptverhandlung außer der Vernehmung des Angeklagten gar keine Beweisaufnahme stattgefunden hat, seine Überzeugung auf anderweit ermittelte Umstände neben dem Geständnis des Angeklagten gründen?

St.R.D. §§. 260. 266.

2. Ist die Aufhebung der dem Urteile zu Grunde liegenden Fest-

stellungen dann zu beschränken, wenn die Revisionsanträge nur die rechtliche Qualifikation des Delikts und die Strafhöhe bekämpfen?
 St.R.D. §. 393.

II. Straffenat. Ur. v. 16. Januar 1880 g. B. Rep. 811/79.

I. Landgericht Berlin I.

Der Angeklagte ist durch das angefochtene Urteil v. 22. Oktober 1879 der wiederholten, erschweren Urkundenfälschung für schuldig erklärt, indem er geständlich in der gegen ihn betriebenen Zwangsvollstreckung zwei Stundungsscheine des Gläubigers fälschlich angefertigt und davon Gebrauch gemacht hat. Zur Hauptverhandlung war der Gläubiger als Zeuge vorgeladen und erschienen; aber nach Vernehmung des Angeklagten haben die Staatsanwaltschaft und der Verteidiger auf Beweisaufnahme verzichtet und das Gericht demgemäß beschloffen. Eine Vorlesung der falschen Urkunden und der betreffenden Stellen der Vollstreckungsakten, sowie eine Vernehmung von Zeugen hat nicht stattgefunden.

Die Urteilsgründe beginnen so: „Durch das mit den anderweit ermittelten Umständen übereinstimmende und daher glaubhafte Geständnis des Angeklagten ist Folgendes erwiesen.“

Worin diese anderweiten Umstände bestehen und wie sie ermittelt wurden, ist in den Entscheidungsgründen nicht angegeben.

Aus den Gründen:

„Wenn das Gericht neben dem Geständnisse des Angeklagten noch anderer Umstände bedurfte, um sich eine Überzeugung zu bilden, so hatte es diese Umstände in den Gründen anzuführen (§. 266 St.R.D.) und konnte die thatsächliche Unterlage solcher Umstände nur aus der Hauptverhandlung entnehmen.“

Gemäß §. 260 St.R.D. darf das Gericht seine Überzeugung nicht beliebig aus dem Vorverfahren oder anderen Gerichtsakten schöpfen, sondern ist an die Ergebnisse der Hauptverhandlung gebunden. Daran ist hier um so mehr festzuhalten, als das Gericht in seinen Gründen selbst erwähnt, daß der Angeklagte die Absicht, sich durch Anfertigung und Gebrauch der falschen Dilationsscheine einen Vermögensvorteil zu verschaffen, bestritten, also kein unumwundenes Geständnis der Strafthat abgelegt hat.

Demnach ist durch das angefochtene Urteil der §. 260 St. P. O. verletzt.

Die sonach durch §§. 376, 393, 394 St. P. O. gerechtfertigte Aufhebung des angefochtenen Urteils nebst den ihm zu Grunde liegenden Feststellungen war nicht um deswillen zu beschränken, weil der Angeklagte in den Revisionsanträgen seine Schuldigerklärung wegen wiederholter Fälschung von Privaturfunden an sich nicht bestritten, sondern sich nur über die Annahme einer gewinnsüchtigen Absicht (§. 268 Nr. 1 St. G. B.'s) beschwert und mildere Strafe begehrt hat.

Das Gesuch der Revisionsanträge fordert nämlich ganz allgemein die Aufhebung des Urteils, und die Straftat ist ein Ganzes, welches nicht in das Delikt selbst und die begleitenden Umstände zerlegt werden kann, indem dadurch dem Ermessen des erkennenden Gerichts ein unberechtigter Zwang angethan würde.

Ein Vorbehalt dahin, daß die im angefochtenen Urteile erkannte Strafe keinesfalls im künftigen Urteile überschritten werden darf, erschien im Hinblick auf §. 398 Abs. 2 St. P. O. nicht erforderlich."